

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 01.03.2016**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:32 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ausschussvorsitzende
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
Stefan Malkoc	Sachkundiger Einwohner
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner
Sven Pringal	SPD-Fraktion
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Gesundheit und Soziales
Dr. Christine Radig	amt. Leiterin Fachbereich Bildung
Petra Quilitzsch	Abteilungsleiterin Finanzen
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit

### **Gast**

Frau Neumann	Schulfachliche Referentin Sekundarschulen im Landesschulamt
--------------	--

### **Entschuldigt fehlten:**

Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
--------------------------	---

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Ranft** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Dr. Radig** bat um Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte:

- 8.3. Mitteilung zur Aufnahme in weiterführende Schulen Schuljahr 2016/2017**
- 8.4. Mitteilung zur Schulentwicklung**
- 8.5. Mitteilung zur Verständigung über die Rahmenbedingungen für auswärtige Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates**
- 8.6. Information zu Stand in den Schulen**

Es lagen keine weiteren Anmerkungen vor und **Frau Ranft** bat um Abstimmung der erweiterten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Folgende erweiterte Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Aktuelle Stunde "Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund"
4. Genehmigung der Niederschrift vom 02.02.2016
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage des sachkundigen Einwohners Thomas Senger zur Nutzung des Stadtbades für den Schwimmunterricht  
Vorlage: VI/2016/01660
- 7.2. Anfrage des sachkundigen Einwohners Thomas Senger zu PPP-Projekten (Vorlage V/2013/12342)  
Vorlage: VI/2016/01664
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Neuorganisation Schülerwohnheim/ Verkauf der Liegenschaft Myrtenweg
- 8.2. Bericht zum Umgang mit Schulverweigerern
- 8.3. Mitteilung zur Aufnahme in weiterführende Schulen Schuljahr 2016/2017
- 8.4. Mitteilung zur Beschlussvorlage Schulentwicklungsplanung Berufsschulen
- 8.5. Mitteilung zur Verständigung über die Rahmenbedingungen für auswärtige Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates
- 8.6. Information zu Aufträgen aus der letzten Sitzung
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### zu 3      **Aktuelle Stunde "Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund"**

---

Der Ausschuss erteilte **Frau Neumann, schulfachliche Referentin Sekundarschulen im Landesschulamt** Rederecht.

**Frau Dr. Radig** führte in das Thema ein. Beim neuen Verfahren, welches seit 1.11.2015 Anwendung findet, werden alle Kinder im schulpflichtigen Alter aus einer Liste der in die Gemeinschaftsunterkünfte zugewiesenen nach Halle Personen herausgefiltert. Diese Daten werden mit dem Einwohnermelderegister abgeglichen und ein entsprechender Vermerk (Antrag auf Asyl wurde gestellt) gespeichert. Wenn vom FB 53 eine Bestätigung der ZAST vorliegt, das eine ärztlichen Untersuchung der Kinder ohne Befund stattgefunden hat, werden dem Landesschulamt diese Kinder gemeldet, welches dann die Schulen zuweist. Eltern, Schule und Verwaltung erhalten dann eine schriftliche Bestätigung, in welche Schule das Kind geht. In der Datenbank sind aktuell 478 Kinder erfasst. 208 haben bereits eine konkrete Zuweisung seit dem 1.11.2015 erhalten.

Bei Frau Schneutzer bekommt man ein Paket für die schulische Erstausrüstung.

EU-Bürger werden vom Verfahren derzeit nicht erfasst. Dies ist schwierig, da auch eine ärztliche Untersuchung für den Schulbesuch zwingend notwendig ist, und über diesen Weg nicht auf vorhandene Informationen zurückgegriffen werden kann. Diese Kinder müssen gesondert zur schulärztlichen Untersuchung aufgefordert werden.

**Herr Häder** fragte, wie viele der 208 Kinder der Schulpflicht nachkommen.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass der FB Bildung darüber keine Information hat. Die Durchsetzung der Schulpflicht liegt bei den Schulen.

**Herr Scherer** fragte, wie die Erstausrüstung mit Schulmaterial für die Asylbewerber geregelt ist. Gibt es da eine Hilfe?

**Frau Neumann** sagte, dass 100 Euro pro Kind vom Land für Lehrbücher zur Verfügung stehen. Jedoch gibt es nichts vom Land für Verbrauchsmaterialien des Schülers (Stifte, Hefte etc.).

**Herr Scherer** fragte, ob auch Schulranzen davon betroffen sind.

**Frau Neumann** sagte, dass es auch da keine Förderung gibt.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass beim FB Soziales für alle Flüchtlinge ein Anspruch auf 25 Euro und 75 Euro im Jahr für die schulische Erstausrüstung über Bildung und Teilhabe besteht. Frau Dr. Radig sicherte Information über den Zahltag zu.

**Frau Neumann** sagte, dass bei den Roma Kindern ein großes Problem der Schulpflichterfüllung vorliegt. Bei den Asylbewerbern, ist eher das Problem, dass das Verfahren bis die Kinder in die Schule dürfen, ziemlich lange dauert.

Frau Neumann schilderte einige Zahlen des Schulsystems in Halle mit Stand vom 29.01.16:

- Grundschulen 534 Schüler mit Migrationshintergrund
- Sekundarschulen 214 Schüler mit Migrationshintergrund
- Gemeinschaftsschulen 56 Schüler mit Migrationshintergrund
- Gymnasium 6 Schüler mit Migrationshintergrund
- Gesamtschulen 16 Schüler mit Migrationshintergrund

Die Schulen werden durch Lehrkräfte unterstützt. Derzeit sind 33 in halleschen Sprachklassen tätig. Ein Hauptproblem liegt bei der Raumkapazität. Unterschiedliche Bildungsstände der Kinder erschweren die Arbeit.

**Frau Ranft** fragte, wann die Schulen voll sind.

**Herr Lange** sagte, dass alles was die Raumkapazität betrifft, bei der Stadtverwaltung liegt. Er fragte wie lange eine Erweiterung einer PPP Schule dauert, wenn mehr Räume benötigt werden.

**Frau Stahs** fragte, wie hoch der Schülerzulauf in den Berufsschulen ist.

**Frau Neumann** sagte, dass die Kapazitäten ausgereizt sind. Ein BVJS, Sprache kombiniert mit praktischer Ausbildung, soll eingeführt werden. 44 Schüler sind aktuell an der BBS Gutjahr.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass die Familien insofern von dem Verfahren erfahren, dass dies an die Sozialarbeiter der Gemeinschaftsunterkünfte kommuniziert wurde.

**Frau Ranft** fragte, ob vom Land etwas nachgesteuert wird, zur Alphabetisierung vor allem der Roma Kinder. Müssen Schuleinzugsbereiche bereits wegen Überlastung verlassen werden? Wenn mehr Kinder in die Schulen gehen, werden dann auch mehr Sekretärinnen eingesetzt?

**Frau Neumann** sagte, dass Lehrkräfte speziell für die Alphabetisierung ausgebildet werden. Berater stehen zur Verfügung, um Kurse an den Schulen zu gewährleisten.

**Frau Dr. Radig** sagte zu den Schuleinzugsbereichen, dass seit Sommer 2015 bei Schulen wo es erste Signale gab, dass die Kapazitäten erreicht sind, bereits mit dem Landesschulamt gesprochen wurde. Ausgleichsmöglichkeiten in umliegenden Schulen wurden geschaffen. Die Schulsekretärinnen werden nach Sockelbetrag an Stunden und ein Minutenzähler pro einzelnen Schüler berechnet. Zehn bis zwanzig Schüler mehr an einer Schule, ändern die Personalbemessung nicht wesentlich. Im Moment bedarf es keiner zusätzlichen Kraft.

**Frau Quilitzsch** sagte, dass eine letzte Überprüfung im Januar stattfand. Derzeit ist die Arbeitszeit ausreichend.

**Herr Scherer** fragte, nach der Sicherheit von Kindern mit Migrationshintergrund auf dem Schulweg. Hat die Stadt einen Überblick zu den konfessionellen Angeboten insbesondere im muslimischen Bereich?

**Frau Dr. Radig** sagte, dass der Verwaltung keine Informationen oder Beschwerden bezüglich Bedrohungen auf dem Schulweg vorliegen und daher kein Anlass zum Handeln gegeben ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass Kontakte zu den verschiedenen Vereinen bestehen. Entsprechende Informationsmaterialien werden verteilt, um diese Angebote bekannt zu machen.

**Herr Schiedung** fragte nach Zahlen zu Kindern mit besonderem Förderbedarf wie zum Beispiel bei körperlichen oder geistigen Einschränkungen.

**Frau Neumann** sagte, dass im Land an Förderschulen 34 Kinder sind, wovon es 11 in Halle sind.

**Frau Dr. Gröger** informierte aus dem Fachbereich Gesundheit. Im Fachbereich Gesundheit gibt es viel zu tun mit den schulpflichtigen rumänischen Kindern, da dort das Verständnis für die Schulpflicht nicht immer gegeben ist. Eine Kollegin ist speziell verantwortlich, sich um die



**zu 7.1      Anfrage des sachkundigen Einwohners Thomas Senger zur Nutzung des  
Stadtbades für den Schwimmunterricht  
Vorlage: VI/2016/01660**

---

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

**Herr Senger** fragte weiter, welche der Schulen mit der Straßenbahn fahren. Laufen manche Schulklassen auch?

**Frau Dr. Radig** sagte, dass beim Thema Laufen die Grundschule Friesen in Frage kommt, da diese relativ nah dran ist. Die anderen Schulklassen müssten mit hoher Wahrscheinlichkeit die Straßenbahn nutzen. Dies ist jedoch Sache der Schule, wie diese es regelt.

**Herr Senger** fragte, ob es nicht besser ist, da nochmal eine andere Lösung bezüglich der Haltestelle Stadtbad mit der HAVAG anzustreben.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass aus den Schulen selber noch keine Kritiken angekommen sind. Eine eventuelle Idee der Verlegung der Haltestelle wird nochmal an den Fachbereich Planen weitergegeben. Ein vermehrter Buseinsatz ist nicht realisierbar.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

**zu 7.2      Anfrage des sachkundigen Einwohners Thomas Senger zu PPP-Projekten  
(Vorlage V/2013/12342)  
Vorlage: VI/2016/01664**

---

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

**Herr Senger** fragte, ob sich die Wirtschaftlichkeitsanalyse auf die Bewirtschaftung bezieht oder grundsätzlich ist. Die Bewirtschaftung hätte weiterhin durch die Verwaltung erfolgen können.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

**zu 8            Mitteilungen**

---

**zu 8.1        Mitteilung zur Neuorganisation Schülerwohnheim/ Verkauf der Liegenschaft  
Myrtenweg**

---

**Frau Dr. Radig** gab die Mitteilung: Im Gustav-Weilands-Weg 2,3 und 4 wird beabsichtigt, Wohnungen anzumieten, um dort die Auszubildenden künftig unterzubringen. Zwei der Gebäudeaufgänge werden komplett angemietet und der dritte zu 80-90%.

**Herr Häder** fragte, nach einer Gegenüberstellung der Kosten, welche bisher ausgegeben werden für das Wohnheim und welche künftig ausgegeben werden für die Anmietung der Appartements.

**Herr Kieslich** fragte nach den konkreten Vorstellungen der Verwaltung zum Umgang mit den Stellen.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass eine Stelle bereits frei ist und umverlagert wurde in den Bereich des Kinder- und Jugendschutzzentrums. Für die zweite Stelle wird eine Lösung gesucht. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung wird nachgereicht.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

## **zu 8.2 Bericht zum Umgang mit Schulverweigerern**

---

**Herr Schiedung** fragte nach dem Stand des Projektes „Jugend stärken im Quartier“. Herr Kogge wollte für dieses Projekt Geld beantragen.

**Frau Brederlow** sicherte eine Beantwortung zu.

**Herr Häder** fragte, warum keine Veränderungen bei den Zahlen festzustellen sind, die an den FB Sicherheit gemeldet wurden. Gab es da eine Ursachenanalyse.

**Herr Slowig** fragte, warum die Schulen so lange zögern mit der Meldung an den Allgemeinen Sozialen Dienst/ Fachbereich Sicherheit.

**Frau Heusch** sagte dazu, dass die Sozialarbeiter schon im Vorfeld involviert waren. Wartelisten haben weder zu- noch abgenommen.

**Herr Scherer** fragte, welche Auswirkungen es hätte, wenn sich der Arrest außerhalb von Halle befinden würde.

**Herr Kneissl** schilderte, dass der Jugendarrest das letzte Mittel ist und erst dann ein Thema wird, wenn eine Vielzahl von vorherigen Auflagen nicht erfüllt wurde.

**Herr Senius** fragte, ob ein schnelleres Handeln der Schulen erforderlich wäre und ob zu diesem Thema bereits mit dem Landesschulamt gesprochen wurde.

**Frau Brederlow** klärte das Missverständnis auf. Die Verwaltung ist nicht der Ansicht, dass die Schulen zu lange warten.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

## **zu 8.3 Mitteilung zur Aufnahme in weiterführende Schulen Schuljahr 2016/2017**

---

**Frau Dr. Radig** führte in das Thema ein. 1604 Schüler sind gemeldet, ca. 50 weniger als im Vorjahr. Das Auswahlverfahren wird bis Mitte März durchgeführt, damit die Eltern vor Ostern erfahren, ob sie einen Schulplatz bekommen haben. Das nachfolgende Besetzungsverfahren an den kommunalen, freien und Schulen mit inhaltlichen Schwerpunkten soll dann im April

laufen. Die Verwaltung schätzt ein, dass jedem Schüler ein Platz in der gewünschten Schulform angeboten werden kann.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

#### **zu 8.4 Mitteilung zur Beschlussvorlage Schulentwicklungsplanung Berufsschulen**

---

**Frau Brederlow** informierte über den Sachverhalt. Die Schulentwicklungsplanung Berufsschulen wurde geändert in den Stadtrat eingebracht und abgestimmt.

Keine weiteren Wortmeldungen lagen vor.

#### **zu 8.5 Mitteilung zur Verständigung über die Rahmenbedingungen für auswärtige Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates**

---

**Frau Brederlow** informierte über die Verständigung im Hauptausschuss zu auswärtigen Sitzungen. Es liegt in der Verantwortung der/s Ausschussvorsitzenden, das zu organisieren.

Es gab keine Wortmeldungen.

#### **zu 8.6 Information zur Erledigung von Aufträgen aus der letzten Sitzung**

---

**Frau Dr. Radig** gab an, dass im Frühjahr durch den Fachbereich Immobilien Sand in den Sandkästen ausgetauscht wird. Im Bereich der Grundschule Frieden können bestimmte Räume wegen fehlendem Brandschutz derzeit nicht genutzt werden. Dieses Projekt wird nochmals geprüft, um Räume nutzbar zu machen.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

#### **zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

##### **zu 9.1 Anfrage Herr Kneissl zu Reinigungs- und Hausmeisterdiensten**

---

**Herr Kneissl** fragte, wie viele Beschwerden seit September bei der Stadtverwaltung eingegangen sind bezüglich des Reinigungszustandes in den Schulen. An wie vielen Schulen wurde daraufhin spürbar eine Veränderung vorgenommen? Wann wird die Stadtverwaltung dafür sorgen, dass alle Pflichtaufgaben der Hausmeister an kommunalen Schulen erfüllt werden?

**Frau Brederlow** sicherte eine Information zu.

#### **zu 9.2      Anfrage Herr Senger zu Schließfächern in den Schulen**

---

**Herr Senger** fragte nach der Beantwortung seiner Anfrage in Bezug auf die Schließfächer.

**Frau Dr. Radig** sicherte eine Beantwortung zu.

#### **zu 9.3      Anfrage Herr Senger zur Betreuung / Bewirtschaftung von Schulen**

---

**Herr Senger** fragte, wieso eine Versorgung und Betreibung der Schulen durch ein externes Unternehmen nicht überall angedacht ist, wenn dies doch günstiger sei.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass eine Beantwortung schriftlich erfolgt.

#### **zu 9.4      Anfrage Herr Senius zur Förderrichtlinie für Zugewanderte**

---

**Herr Senius** sagte, dass nach der Richtlinie bis zu drei Koordinierungsstellen beantragt und finanziert werden. Er fragte, ob die Verwaltung einen solchen Antrag stellen möchte.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Verwaltung im Moment dabei ist, dies vorzubereiten. Im Juni ist eine Antragstellung möglich.

#### **zu 9.5      Anfrage Herr Slowig zur Beantwortung der Anfrage von Herrn Schachtschneider zu Hausmeistern an Schulen im BA Februar 2016**

---

**Herr Slowig** fragte, ob es möglich wäre, betroffene aus den Schulen zu dem Thema zu hören.

Vertreter aus jeder Schulform sollen zum nächsten Mal eingeladen werden.

Es gab keine weiteren Anmerkungen.

#### **zu 9.6      Anfrage Herr Lange zur Mitteilung TOP 8.1**

---

**Herr Lange** fragte, was mit dem Rest des Geldes aus der Veräußerung des Wohnheimes passiert.

Das Geld soll entsprechend in die Sanierung von Schulen fließen, so **Frau Brederlow**.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

## zu 10 Anregungen

---

### zu 10.1 Herr Scherer zu außerschulischen Angeboten

---

**Herr Scherer** regte an, dass zum Angebot im Glaubensbereich speziell im muslimischen Bereich eine Übersicht erstellt werden sollte.

### zu 10.2 Herr Slowig zur Zusammenarbeit zwischen dem Georg-Cantor-Gymnasium und der Grundschule Glaucha

---

**Herr Slowig** regte an, den Schulleiter des Georg-Cantor-Gymnasiums einzuladen, da dieser für den Fall der Wiedereröffnung der Glauchaschule ein sehr interessantes Konzept für eine Kooperation entwickelt hat.

### zu 10.3 Herr Marquardt zur Standortprüfung

---

**Herr Marquardt** regte an Gespräche mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bezüglich eines Gebäudes für die Berufsschule zu führen.

### zu 10.4 Frau Dr. Wünscher zum Umgang mit Veränderungen in Beschlussvorlagen

---

**Frau Dr. Wünscher** kritisierte die Veränderung der Beschlussvorlage Schulentwicklungsplanung und der fehlenden Möglichkeit zur Diskussion im Ausschuss.

### zu 10.5 Frau Brederlow zu Berufsausbildungen in Zusammenhang mit Fachkräftemangel

---

**Frau Brederlow** gab folgende Anregung: Der Eigenbetrieb für Kindertagesstätten hat jetzt schon signalisiert, dass es immer schwieriger wird, Fachkräfte zu finden. Die Plätze in den Berufsschulen zur Ausbildung von Erzieher/-innen müssen erweitert werden. Sie regt an, dass der Ausschuss sich mit der Thematik auseinandersetze.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und Frau Ranft beendete den öffentlichen Teil der Sitzung des Bildungsausschusses.

---

Melanie Ranft  
Ausschussvorsitzende

---

Jenny Dautermann  
stellvertretende Protokollführerin